

Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

№. 88.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 198.

Zweite Ausgabe

Dienstag, 21. Februar 1905.

Geschäftsstelle in Halle a. S., Leipzigerstr. 87, hinterhaus.
Telephon 158; Redaktion Telephon 1272. Eing.-u. Verkaufsstr.
Verantwortl. Dr. Walter Gebert in Halle a. S.

Geschäftsstelle in Berlin Bernburgerstr. 3.
Telephon Amt VII Nr. 11494.
Druck und Verlag von Otto Ziehe in Halle a. S.

Deutsches Reich.

Halle a. S., den 21. Februar.

*** Südwest-Afrika.** Ein amtliches Telegramm aus Windhof meldet: Major Michael Paul, geboren am 8. September 1882 zu Oberfelbach, früher im Infanterieregiment Nr. 169, ist am 16. Februar 05 im Lagerort zur Windhof am Toppas gestorben.

Nach der „Nordd. Allg. Ztg.“ haben, wie das Kommando der Schutztruppe in Südwest-Afrika mitteilt, die meisten der zur Verwendung als Kriegshunde zur Verfügung gestellten Hunde leider nicht den erhofften Nutzen gezeigt, sondern doch nimmer bis auf weiteres von einer Einsaatsendung von Hundebänden genommen wird.

*** Handelsverträge und Arbeiterinteressen.** Die sozialdemokratische Presse ist bei der Bekämpfung der Handelsverträge und des Schutzollsystems überaus in ein arges Klamma geraten. In allen übrigen Kulturländern erkennen die Führer der Arbeiterorganisationen an, daß Schutzölle im Interesse der Arbeiterkraft liegen. In England, Frankreich, der Schweiz und Ungarn sind — wie Schuppel so klar nachgewiesen hat — die Sozialdemokraten für Erhöhung der Schutzölle auch für landwirtschaftliche Erzeugnisse eingetreten und haben dafür unvieldesigle Argumente, sogar teilweise auf die Autorität von Karl Marx gestützt, beigebracht. Nun bemüht sich die deutsche Sozialdemokratie, ihrer Abhängigkeit aus Arbeiterfreieren das Gegenteil vorzureden und ihr weiszumachen, die Ablehnung der Handelsverträge mit dem erhöhten Zollstände lage im Arbeiterinteresse. Der Aufbau der deutschen Sozialdemokratie ist so kritisch in seinem Urteil, so befangen, daß derartige Klammern Gedanken bilden. Es wäre aber doch sehr zu empfehlen, in dieser Beziehung die Arbeiter klarer aufzuklären, daß sie in erster Linie als Protagonisten an dem Gedeihen der deutschen Produktion interessiert sind, daß bei ihnen der Konsumtendenzpunkt erst in zweiter Linie steht. Wenn die deutsche Sozialdemokratie im Gegensatz zu der Sozialdemokratie des Auslandes jetzt den Freiland vertritt, so geschieht das nicht im Interesse der Arbeiter, sondern im Interesse der Parteitagitation. Wie uns in Deutschland ist die große Masse eben noch fürsichtlich genug, um sich durch das Gerede von Lebensmittelpreiserhöhung zu lassen, trotzdem dieses Gerede aus den benachteiligten Elementen erhoben wird, die den eigentlichen Profit und Mißstand durch das Spekulantentum lebensfähig in Schutz nehmen.

*** Zu den Differenzen zwischen Lehrkörper und Studenten in Braunschweig.** Montag wurde an dem schwarzen Brett der Hochschule in Braunschweig eine von sämtlichen Mitgliedern des Lehrkörpers unterzeichnete Erklärung angehängt, in der es den „Braunschweiger Neuesten Nachrichten“ zufolge heißt, daß die Differenzen zwischen Lehrkörper und Studenten lediglich auf persönliche Motive, deren Beseitigung in nächster Zeit zu erwarten sei, zurückgeführt werden müsse. Der Lehrkörper der Technischen Hochschule ist einmütig der Ansicht, daß die Frage der Zulassung von Ausländern einem neuen Beschlusse bedürftig ist. Er darf keine nicht daran, die vom Minister und Senat im Jahre 1900 gefassten Beschlüsse, durch die die Bindung von Verbindungen auf konfessioneller und politischer Grundlage verboten ist, zu ändern. Der Studentenschaft werde aber das Recht zuekannt, in Versammlungen zu akademischen Fragen Stellung zu nehmen. Die fürsich verhängten Untersuchungen von allgemeinen Studentenversammlungen können nur Interimscharakter haben und nur den Zweck, die Befassung zu neuen Differenzen zu vermeiden. Die Studierenden haben ferner das Recht, Beschlüsse zur Vertretung der gemeinsamen Interessen zu wählen, wieder zu erwarten, sobald die oben angegebene Forderung in Bezug kommt.

*** Se. Majestät der Kaiser** unternahm, wie schon gemeldet, am Sonnabend nachmittag einen Ausritt. Prinz Heinrich traf am Sonnabend abend in Berlin ein und reiste Sonntag morgen wieder ab. Sonntag vormittag besuchten der Kaiser und die Kaiserin den Gottesdienst in der Gnadenkirche. Nach der Kirche erschien der Kaiser bei der Fürstin Anton Hadziwili, welche an diesem Tage ihr 64. Lebensjahr vollendete. In der Familien-Frühsitzung beim Kaiserpaar am Sonntag nachm. außer den im königlichen Schloß wohnenden Fürstlichkeiten Prinz Friedrich Leopold, der aus Petersburg zurückkehrte, teil. Nachmittags unternahm der Monarch einen Spaziergang. Später besuchte der Kaiser den Reichsfänger. Zur Abendstunde war der Kronprinz eingeladen. Montag morgen unternahm der Kaiser den gewöhnlichen Spaziergang im Tiergarten, sprach beim Reichsfänger vor, empfing um 11¼ Uhr im Sternsaal des königlichen Schlosses die fälligen Sekretäre der Akademie der Wissenschaften Professoren Dr. Waldeyer, Dr. Auwers, Dr. Dries und Dr. Wahlen und hörte dann den Vortrag des Geistes des Ministeriums Dr. von Vaucans. Der Kaiser wird, wie wir bereits erwähnten, am 8. März in Wilhelmshafen den dortigen Antritt des Abmarsch eingeleiteten Retirade. Nach Beendigung des vierwöchigen Aufes findet im Kasino des Seebadortons ein Frühlingsfest statt. Am Anschluß hieran nimmt der Monarch

einige Besichtigungen vor und fährt dann an Bord des Linienpostschiffes „Kaiser Wilhelm II.“, das zu diesem Behufe am Tage zuvor, von Kiel kommend, in Wilhelmshaven vor Anker gehen wird, nach Selgala. Auf der Rückreise von dort wird der Kaiser die Stadt Bremen besuchen. Die Ankunft des „Kaiser Wilhelm II.“ auf der Seebe von Bremerhaven erfolgt, günstige Witterung vorausgesetzt, am 10. März zwischen 3 und 4 Uhr nachmittags, worauf der Kaiser sofort nach Bremen weiterfährt. Hier ist, wie in den Vorjahren, ein kurzer Besuch des Watsfellers in Aussicht genommen. Die Abreise von Bremen nach Berlin erfolgt gegen 6 Uhr abends mittels Sonderzüge.

*** Prinz Waldert** an Bord des großen Kreuzers „Gerta“ verläßt jetzt die Schutzgebiete unter ostafrikanischen Kolonien, in denen er seit dem Anfang dieses Monats weilt, um die Heimreise fortzusetzen. Der Prinz behält von ostafrikanischen Gärten Dar-es-Salaam, Tansania und Zanzibar. Als nächster Anlaufhafen ist Wien bestimmt, welchen die „Gerta“ am Ende dieser Woche erreichen kann. Prinz Waldert wird nach ersterer Heimreise einen halbjährlichen Erholungsurlaub antreten.

*** Prinz Heinrich** von Preußen wird, wie verlautet, als Vertreter des Kaisers an der Beisetzung des Großfürsten Sergius in Moskau teilnehmen.

*** Leber** die Wiffen des Prinzen Friedrich Leopold in Jarsko Selo. Gegenüber dem Bericht von Nikiforen, die der deutsche Kaiser dem Jaren Nikolai erteilt haben soll und als deren Leberbringer man den Sonntag von Jarsko Selo wieder nach Berlin zurückgekehrten Prinzen Friedrich Leopold betrachtet will, wird offiziell erklärt: Weder zur inneren noch zur äußeren Politik Russlands hat Kaiser Wilhelm an Kaiser Nikolai eine Ansicht gelangen lassen, die als Einmischung in die russische Reformbewegung oder in die Kriegs- oder Friedensfrage gedeutet werden kann.

*** Prinz Friedrich Leopold**, der am Sonntag morgen von Petersburg in Berlin wieder eintraf, hat am Montag vormittag dem Reichsfänger Grafen v. Bismarck einen längeren Besuch ab.

*** Major von Rathenow**, verlässlicher Adjutant des Prinzen Friedrich Leopold von Preußen, ist zur Beilegung des mit Zustimmung des Kaisers aber Reußen beim Wohnort des russisch-japanischen Krieges zur russischen Armee entsandten Generals der Kavallerie Prinzen Friedrich Leopold kommandiert.

*** Niederländische Sondergesandtschaft.** Eine aus zwei Hohenbeträgern bestehende Sondergesandtschaft wird die Königin Wilhelmina bei der am 27. Februar stattfindenden Einweihung des Berliner Domes vertreten.

*** Veränderungen unter den deutschen Volkshäusern.** In einem Telegramm aus München berichtet die Wiener „Neue Freie Presse“ über eine bevorstehende Reueisierung der deutschen Volkshäuser in Paris, Petersburg, Wien, Madrid und London. Die betreffenden Verhandlungen sind, wie offiziell berichtet wird, samt und sonders an der Luft gegriffen.

*** Dem preussischen Abgeordnetenhaus** ist zum Schlussatz ein Antrag des Abg. Dr. Wendt (freil.) zugegangen, eine Gesundheitsleiter des 100. Tobestages Schillers in allen öffentlichen Schulen des Reichens herzustellen. Ferner ist ein Antrag des Abg. Dr. Wendt und Reichelt (freil.) eingebracht, für die öffentlichen Schulen eine der Verhältnisse von Stadt und Land Rechnung tragende Ferienordnung herbeizuführen, die den Schulurlaub in den Volksschulen und den höheren Schulen gleichmäßig sei.

*** Der Gewerksinn der heimischen Bergarbeiter** hat beschlossen, den Sitz des Bundes nach Glatz zu verlegen und seine Geschäftsverhältnisse anzupassen. Der Zweck dieser Maßnahmen ist, eine bessere gewerkschaftliche Propaganda entgegen zu können.

Deutscher Reichstag.

Am Bundesratstag, Graf Fojadovsky, 1. Uhr.

Am Bundesratstag, Graf Fojadovsky, 1. Uhr.

Bei dem Besuch tritt das Haus in die zweite Beratung der Handelsverträge und der Viehzucht-Konvention mit Desterreich-Ungarn ein.

Dieser liegt eine von den freil. Abg. Meß und Gen. beantragte Resolution vor, der Reichstag solle beschließen, den Reichsfänger zu erwidern, daß es ihm nicht möglich sei, ein Novelle zum Verinsolvenzgesetz vom 1. Juli 1899 vorzulegen, in welcher namentlich folgende Punkte zeitgemäß geregelt werden:

1. Haftung der Halberstadtler für Verbindlichkeiten ihrer Beamten.
 2. Entschädigung der Schuldner durch Anwendung des Sollars durch eine reichsweite Reichsrentenlinie nach Anbindung von Schuldnerbüchern.
 3. Bindende Kraft amtlicher Klaffen über Jettensätze.
 4. Abgrenzung der Haftung zwischen der Eisenbahn und Halberstadt für Verlust oder Beschädigung der Waren, die sich in den von der Eisenbahnverwaltung gehaltenen, für die zollamtliche Abfertigung und die einseitige Niederlegung bestimmten Wägen befinden.
 5. Einseitige Regelung des Verbindlichkeitsrechts.
 6. Abänderungen der Erbschaftsregeln, nach Abgrenzung der allgemeinen Rechtsabänderungen, namentlich Befreiung der Konfession als Erbschaftssteuer.
- Nach einer längeren Gesundheitsberichtsbedeutung wird beschließen, den öffentlichen Vertrag in der Beratung voranzutreiben. Es steht aber der Reichsfänger, Graf Fojadovsky, bei Veranlassung des Präsidenten übermitteln. Dr. Spahn, der Vorsitzende der Kommission, die Bericht-

Abg. Dr. Spahn (als Berichterstatter) verweist auf den Bericht der Kommission, der die Entwürfe der Kommission und die von den Regierungsgesandten zu Protokoll gegebenen Erklärungen enthält.

Präsident Graf Ballestrin: Das Wort hat der Abg. Dr. Heim. (Sprecher: Ich noch nicht da! Unruhe.) Dann hat das Wort der Abg. Meß. (Sprecher: Der ist auch nicht da! Allgemeines Unruhe.)

Abg. Künast (bayer. Konf.) betont, im Kreise der Reichsbeamten besche die Befürchtung, die neuen Verträge würden ihnen schweren Schaden bringen, hauptsächlich weil man annehme, werbe komme als Gütersteuer zu uns herein und finde als Malgarte Verwendung. Dann wird die Malgarte lesen und die Landwirtschaft anreden. Die Regierung muß uns verbindliche Erklärungen abgeben, daß solcher Umfang unmöglich gemacht wird. Die Sicherheit, daß Gütersteuer als Malgarte nicht verwendet wird, ist nur dadurch zu erlangen, daß die Werke feinstmöglich gemacht wird. Die Viehzucht-Konvention wird uns von der Regierung immer wieder als gut und vorteilhaft hingeführt. Ihre Bestimmungen sind aber so kompliziert, daß man sich ein Bild von der voraussichtlichen Wirkung der neuen Konvention kaum machen kann. Die Wirkung der Konvention wird in erster Linie von der Art abhängen, mit der die Regierung die neue Konvention ausführt. Durch eine strenge und sachgemäße Ausführung müssen die verbindlichen Bestimmungen der Regierung, daß Viehzucht-Konvention nicht zu uns beizugehört werden können. Leber wird eine ganze Reihe landwirtschaftlicher Wünsche in den neuen Verträgen unberücksichtigt gelassen. Die Industrie ist doch noch immer befreit als die Landwirtschaft. Die Industrie kann sich auf veränderte Verhältnisse einrichten, und das ist bei der Landwirtschaft nicht möglich. Jedenfalls muß auch bei der Ausführung der Verträge auf die Landwirtschaft die bestmögliche Rücksicht genommen werden. (Beifall rechts.)

Staatsminister Graf Fojadovsky: Ich habe nochmals ausdrücklich zu erklären, daß die österreichische Regierung die Reflektion auf Malgalle lassen will, aber die Voraussetzung, daß auch wir keine Änderungen in dem bestehenden Zustand der Zölle eintreten lassen. Ferner hat ich zu erklären, daß die Bestimmungen der Viehzucht-Konvention in dem Umfang beibehalten werden, der zum Zweck unserer Viehzucht notwendig ist. Endlich verweise ich nochmals, daß wir die zu den niedrigen Sätzen eingehende Rechte benutzten werden, sobald geeigneter Zweifel darüber besteht, daß sie nicht als Malgarte benutzten werden können. (Beifall rechts nicht und in der Mitte.)

Abg. Dr. Heim (Sprecher): Hinsichtlich der Gewährung von Zuschüssen wird die Regierung Erklärungen abgegeben, die uns den Wunsch begünstigt erscheinen lassen, die Regierung hätte diese Zuschüsse in den Vertrag aufnehmen lassen. Ich möchte dann eine ausweichende Antwort von den Reichsbeamten aber keine gelagte Antwort erwarten. Denn nicht nur auf Malgalle werden in Desterreich Reflektion gewährt, sondern noch andere Artikel erhalten indirekte Zuschüsse.

Staatsminister Graf Fojadovsky: Ich kann meine bereits gegebene Erklärung nur wiederholen, daß wenn Desterreich-Ungarn in gegen eine Weise für Malgalle, welche uns, Exportprodukten einfließen sollte, mir durchaus berechtigt sind, entsprechende Maßregeln zu ergreifen.

Abg. Dr. Ziemer (nl.): Wir wollen den Schutz der Landwirtschaft verbinden mit der Erhaltung des Auslandsmarktes für unsere Industrie. Es ist, als ob die Ausgabe bei Desterreich-Ungarn fürchten sollte, aber der Vertrag selbst macht, daß unsere Industrie zu einem Ergebnis gekommen sind. Wir haben jetzt einen besseren Schutz der Landwirtschaft und die Kontinuität unserer Handelsinteressen erreicht. Wenn sich Handel und Industrie auf die neuen Verträge eingearbeitet haben, werden die Klagen in diesen Kreisen verschwinden.

Nach einer längeren Rede des Abg. Göttsch (fr. Bgg.) und einer Erwiderung des Staatsministers Grafen Fojadovsky berichtet

Abg. Dr. Wolff (Sprecher, Bgg.): Wenn der Reichsfänger der Notwendigkeit nach, sie folgten willens los sein können, so denkt man dabei hauptsächlich an gewisse Zeichen, denen man eine große Folgezeitigkeit zusetzt. Aber die (nach links) sind gefreier, wie die Zeichen, die letzten Jahren haben. (Beifall.) Von einer Verengung der Landwirtschaft kann unmöglich die Rede sein. Wenn die Landwirtschaft endlich in ihre Rechte eintritt, so ist das seine Voraussetzung. Als Deutscher habe ich zu sagen, daß unsere süddeutsche Arbeit nicht so gut ausgefallen ist in dem Verträge als die norddeutsche. Für die Landwirtschaft verweise ich nur auf den Joppen, der von 70 auf 20 Mt. ermäßigt ist. Die Beschlüsse entziehen auch nicht entfernt den berechtigten Forderungen unserer Weinbauenden, die Erhöhung des Zolles und des Jolles auf Weinbau ist völlig unangebracht. Unsere süddeutsche Arbeit ist in ihrer Existenz bedroht. (Sprecher: nicht!) Die Viehzucht-Konvention muß unbedingt die Folge haben, daß für das Vieh, das angebracht wird, eine Versicherung aus öffentlichen Mitteln ausgemacht wird. Im Namen der Wirtschaftlichen Vereinigung habe ich zu erklären, daß wir aber trotz aller Bedenken dem Desterreich-Ungarn-Verträge zustimmen werden. (Beifall rechts.)

Nach weiteren Reden der Abg. Farber (fr. Bgg.), Meß (Sprecher), Schumacher (nl.), Kämpf (fr. Bgg.), Auger (Sprecher), Göttsch (fr. Bgg.) und v. Böhler-Röppin (Konf.) schließt die Erörterung über den Konventionen ab. Es folgt namentlich die Abstimmung über Artikel 1 der Anlagen A und B des österreichisch-ungarischen Vertrages.

Es werden 248 gültige und 1 ungültige Stimme abgegeben. Wir haben gefasst 192, mit dem 63. der Abstimmung haben sich enthalten 3 Abgeordnete. Der Artikel 1 ist also angenommen. Der Rest des Vertrages wird ohne Erörterung erledigt.

Es folgt die Beratung der Viehzucht-Konvention mit Desterreich-Ungarn.

Abg. Silber (bayer. Bgg.) legt die Bedenken dar, die gegen die Konvention in Bayern entstanden werden, ist aber insofern der großen Unruhe des Hauses im einzelnen nicht verwickelt.

Abg. Meß (nl.) bittet die Regierung, in der Durchführung der Studienkonvention streng zu sein, dann werde sie gegenständig wirken. Die Konvention wird angenommen. Es folgt die zweite Beratung des Handelsvertrages mit Desterreich-Ungarn.

Abg. Göttsch (fr. Bgg.): Die Erhöhung der Agrarpreise hat uns eine Belastung der Eisenindustrie gebracht. Der wie ich seit zwei Jahrzehnten die Eisenindustrie beobachtet hat, wird diesen Vertrag aus dieser Beziehung.

Staatsminister Graf Fojadovsky: Ich gegenüber dem Abg. Göttsch die Wichtigkeit der Regierungserklärung aufrecht, wonach die allen Zollsätze erhalten und nur zum geringen Teile unentgeltlich erhöht sind.

